

Die Geschäfte ruhten, die Schulen waren geschlossen und man schien den Tag als einen Ruhetag zu betrachten, denn überall war es ausnahmsweise still auf den Straßen.

Das Militär wurde von Morgens 8 bis Nachmittags 2 Uhr wo die Wahlen in allen Bezirken ruhig vorübergegangen waren, konfignirt gehalten. Als sich bis um diese Zeit nichts ereignet hatte, was nur irgendwie Befürchtungen hätte einflößen können, gestattete man ihm auszugehen.

Nach den bis jetzt eingegangenen Berichten hat ungefähr ein Drittel sämmtlicher Urwähler der Stadt an den Wahlen Theil genommen.

Die Cholera, welche in den letzten Tagen bedenkliche Fortschritte machte und zahlreiche Opfer hinwegraffte, tritt seit vorgestern, wo Regenwetter eintrat, minder heftig auf. Die Art ihres diesjährigen Auftretens soll durchaus verschieden von dem in früheren Jahren sein. Während früher die Krankheitsfälle sich nur in einzelnen Stadttheilen ereigneten, zeigen sie sich diesmal in den verschiedensten Straßen zu einer und derselben Zeit. Es sollen sehr viele Fälle vorkommen, welche gar nicht zur Kenntniß der Behörden gelangen, da sie milderer Art sind und durch Anwendung der bekannten Hausmittel beseitigt werden.

Aus der Provinz Sachsen, 14. Juli. Die beabsichtigte Zusammenziehung eines bedeutenden Truppen-Korps bei Erfurt hat durch den Umstand, daß in dortiger Gegend schon seit längerer Zeit Einquartirungen und Durchmärsche auf den Bewohnern lasteten, eine Abänderung erfahren. Die mobile Kolonne wird in einer Stärke von 12,000 Mann in die Gegend von Nordhausen gelegt; die Stadt selbst soll 2000 Militär erhalten. Wie verlautet, wird auch Hannover in der Gegend von Göttingen ein größeres Truppen-Korps aufstellen. Zu welchem Zwecke dies geschieht, ist nicht bekannt; die darüber umlaufende Gerüchte entbehren aller Wahrscheinlichkeit. M. Z.

Frankfurt a. M., 14. Juli. Wie uns als zuverlässig berichtet wird, sollen durch einen Courier des Reichsverwesers aus Gastein Depeschen an das Reichsministerium gelangt und von diesem sofort derselbe Courier nach Berlin weiter geschickt worden sein. Die Depeschen sollen sich auf einen Protest der Centralgewalt gegen den eventuellen einseitigen Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Preußen und Dänemark (von dem wirklichen Abschluß konnte man in Gastein noch keine Kunde haben) beziehen. Erwägt man das gespannte Verhältniß der Centralgewalt mit Preußen, ihre neuerliche Stellung zu Baiern und Oesterreich, endlich die (auch von der Frankfurter Zeitung beglaubigte) Thatsache, daß von Seite der Centralgewalt noch vor kurzem an den General v. Brittwitz die Aufforderung, den Krieg kräftiger zu führen, erging, so wird man die obige Angabe durchaus nicht unwahrscheinlich finden. Eigenthümliche Konflikte dürften sich, falls der Protest der Centralgewalt gegründet ist, für den General v. Brittwitz in seiner doppelten Eigenschaft als Reichsfeldherr und als preussischer General erheben. D. Z. A.

Frankfurt, 17. Juli. Die „D. P. A. Z.“ meldet im amtlichen Theile, daß der Reichsverweser aus Gastein, 11. Juli, an den Oberbefehlshaber der Reichstruppen in dem Großherzogthum Baden, Gen.-Lieut. von Peucker, zur Anerkennung ihrer ausgezeichneten Führung, ihrer Tapferkeit und brüderlichen Eintracht ein anerkennendes Handschreiben erlassen hat, dessen Schluß lautet:

„Wenn ich auf der einen Seite stolz bin auf das, was die Truppen leisteten, und auf die innige Verbrüderung, welche sich bei ihnen durch alle Stämme bewahrheitete, so erfüllt mich auf der andern Seite die tiefste Trauer, indem ich die Verblendung ins Auge fasse, welche uns nöthigte, deutsche Waffen gegen Deutsche zu gebrauchen. Möge die Vorsehung unser großes herrliches Vaterland vor ähnlichem Unglücke, vor jeder Zwietracht bewahren, auf daß die deutsche Kraft durch Einigkeit, Recht und Gesetz den höchsten Glanzpunkt erreiche.“

Koblenz, 17. Juli. Nachdem wir mehrere Wahllokale besucht, können wir beiläufig angeben, in welchem Maße die hiesige Stadt sich an den Wahlen betheiligen wird. Wir schicken voraus, daß die Zahl der Urwähler in jedem Wahlbezirke circa 400 beträgt. Von diesen haben in den verschiedenen Bezirken, welche wir besuchten, in einigen zehn, in anderen fünfzehn, im höchsten Falle dreißig an der Wahl Theil genommen. In einem Bezirke sogar hat die Zahl der anwesenden Wähler nur vier betragen. Davon haben 3 zur dritten und 1 zur zweiten Abtheilung gehört; in der ersten Classe konnte gar nicht gewählt werden, da der einzige Urwähler dieser Classe geruhte, nicht zu erscheinen.

Rh. u. M. Z.

— In obigem Sinne lauten fast alle Wahlberichte, was den Beweis liefert, daß das Interesse für die Wahlen ziemlich erkaltet ist.

Nachen, 17. Juli. Die Wahlen sind heut in kurzer Zeit in sämmtlichen Bezirken vollendet worden. Im Ganzen war, wie

dies erwartet werden mußte, die Zahl der anwesenden Urwähler nur eine sehr geringe.

Breslau, 18. Juli. Soweit bis jetzt die Erfundigungen reichen, hat sich in keinem Bezirke viel mehr als der vierte Theil der Urwähler bei den Wahlen betheiligt.

Aus dem **Breisgau, 15. Juli.** Man denkt auf das Ernstlichste daran, den Sitz des Erzbisthums von Freiburg zu verlegen; über den Ort wohin, kann es nur eine Alternative geben. Wer die Stimmung und die seit einem Jahr gegen die Geistlichkeit herrschende Gesinnung des „souveränen Volkes“ in Freiburg nur ein wenig kennt, wird sich über diese intendirte Veränderung nicht wundern. — Ein gleiches Schicksal dürfte früher oder später auch der dortigen Universität bereitet werden. Denn der Staat wird in dermaligen Lage seiner Finanzen nicht mehr eine so bedeutende Summe zur Erhaltung einer zweiten kleinern Universität auswerfen wollen, oder besser gesagt, nicht mehr können. Sehr viel wird hiezu auch die Ablösung des Zehntens in Württemberg beitragen; durch diese Maßregel verliert nämlich die Universität ein Bedeutendes, was wiederum nur der Staat ersetzen mußte, wenn die Universität in ihrem seitherigen Bestande forteristiren sollte. Wir würden von Herzen den Verlust dieser beiden Institute für Freiburg bedauern; tritt er einmal wirklich ein, so tragen hieran Jene, die da vorgeben, das Volk beglücken zu wollen, und an der Verlegung des erzbischöflichen Sitzes namentlich Solche die größte Schuld, die, weil selbst gemeiner Natur und alles innern edleren Sinnes baar, in den Geisteslichen nur „Pfaffen“ erblicken. D. B.

Kassel, 14. Juli. Heute ist die nach dem neuen Wahlgeseß an die Stelle des Landtags berufene Ständerversammlung von dem Vorstande des Ministeriums des Innern, Staatsrath Eberhard, im Namen des Kurfürsten durch eine Rede eröffnet worden, aus der wir in betreff der deutschen Verfassungsangelegenheit folgende Stelle herausheben: „Die Hoffnungen auf eine baldige einheitliche Gestaltung unseres deutschen Vaterlandes, welche, bei Eröffnung des letzten Landtages ausgesprochen, mit freudiger Theilnahme begrüßt wurden, sind bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen. Die Entwicklung der politischen Verhältnisse hat fast jede Aussicht vernichtet, die von der National-Versammlung beschlossene Verfassung für Deutschland ins Leben treten zu sehen. Diesen Ausgang abzuwenden, lag nicht in der Macht der Regierung, welche ihre Zusage, das Zustandekommen jener Verfassung zu fördern, insoweit es ihr möglich war, getreulich erfüllt hat. Die größten und mächtigsten Staaten Deutschlands haben jene Verfassung nicht anerkannt; die Kronen Preußen, Hannover und Sachsen haben ihr einen Entwurf gegenübergestellt, auf dessen Grundlagen sie eine Einigung der deutschen Staaten rascher und erfolgreicher herbeizuführen hoffen. Dieser Lage des deutschen Verfassungswerkes gegenüber hat die Regierung ihre Aufgabe nach der Ueberzeugung bemessen, daß eine Neugestaltung Deutschlands durch eine bundesstaatliche Verfassung mit Volksvertretung eine unabwiesbare Forderung, eine dringende politische Nothwendigkeit geworden ist, daß die Wünsche des deutschen Volkes nach festen Bürgschaften seiner Freiheit, Macht und Wohlfahrt nicht unerfüllt bleiben dürfen, und daß dieses hohe Ziel auf dem Wege erstrebt werden muß, welcher nach den dermaligen politischen Verhältnissen zugänglich, eine sichere Gewähr für die endliche Erreichung zu geben vermag. Die Regierung rechnet auch hierbei auf die Uebereinstimmung der Vertreter des Landes und deren Mitwirkung, soweit solche erforderlich wird, um so zuverlässlicher, als nur ein einmüthiges Zusammenwirken der Regierungen und der Völkerschaften Deutschlands die großen und drängenden Gefahren zu überwinden vermag, von welchen Deutschlandsbundesstaatliche Entwicklung, und mit ihr das Wohl und die Freiheit der Einzelstaaten, bedroht sind.“

Schleswig-Holstein.

Sadersleben, 15. Juli. Mit dem im Anzuge begriffenen Waffenstillstande dürften, falls derselbe von unserer Statthalterschaft gutgeheißen werden sollte, was jedoch von vielen bezweifelt wird, unsere ferneren Berichte von hier gleichfalls etwas stiller und spärlicher werden. Von einer ernstlichen Operation gegen Fredericia scheint jetzt nicht mehr die Rede zu sein, obgleich unsere mit einem Theile der Reichstruppen vereinigte Armee in einer Entfernung von ungefähr einer halben Meile die Festung auf's neue umschlossen hat und in dieser Stellung die dicht vor Fredericia stehenden Vorposten beobachtet. Aus den Maßnahmen des Generals Brittwitz geht deutlich hervor, daß er den Rückzug aus Jütland nicht nur vorbereitet, sondern denselben bereits eingeleitet hat.

Schleswig, 16. Juli. Die Statthalterschaft wird die aus Berlin erhaltenen Mittheilungen heute der Landesversammlung vorlegen. Die Friedensbasis ist folgende: Schleswig erhält administrative und legislative Selbstständigkeit, jedoch unbeschadet der politischen Verbindung mit Dänemark. Holstein und Lauenburg bleiben Theile des deutschen Reichs und wird deren Verhältniß zu